

**Rede des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil
anlässlich
des Neujahrsempfangs der IHK Braunschweig
am 14. Januar 2014, 18:00 Uhr, Braunschweig**

(Rededauer: 30 Minuten)
(Es gilt das gesprochene Wort!)
(Sperrfrist: Redebeginn)

I. Anreden

Sehr geehrter Herr Präsident Schmid,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Minister und
Staatssekretäre,
sehr geehrte Damen und Herren Landräte, Oberbürgermeister und
Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

II. Begrüßung und Neujahrswünsche

Vielen Dank für die Einladung zu Ihrem Jahresauftakt. Dass die
Industrie- und Handelskammer Braunschweig zu einem
Neujahrsempfang einlädt, ist eine gute Tradition und dass dabei häufig
auch der jeweilige Ministerpräsident Gelegenheit hatte, gemeinsame
Themen zwischen Wirtschaft und Politik aufzugreifen, ist eine ebenso
gute Übung. Haben Sie einen herzlichen Dank dafür, dass ich in diesem
Jahr diese Übung fortsetzen kann.

Ich wünsche Ihnen, Ihren Unternehmern, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein gutes Jahr 2014. Eines, das persönlich mit Gesundheit und Zufriedenheit verbunden ist und für Ihre Unternehmen durch und durch erfolgreich sein möge.

III. Wirtschaftliche Lage (Rückblick / Ausblick)

Wenn wir einmal auf die wirtschaftliche Lage schauen, stehen die Vorzeichen dafür vielleicht gar nicht einmal schlecht. Alles in einem betrachtet war 2013 für die niedersächsische Wirtschaft ein gutes Jahr. Die Arbeitslosenquote lag im Dezember mit 6,5 % unter dem Bundesdurchschnitt. Bei der Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen liegt Niedersachsen im Vergleich der westdeutschen Flächenländer auf Platz 2. Noch beachtlicher ist aber vielleicht die Tatsache, dass immerhin über 39.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse innerhalb von zwölf Monaten entstanden sind. Das lässt sich hören, meine ich.

Mir ist sehr wohl bewusst, dass ich in diesen Zahlen Leistungen Ihrer Unternehmen, der Unternehmensleitungen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter widerspiegle. Deswegen möchte ich einfach einmal ein herzliches Dankeschön im Namen der Landesregierung sagen. Ihr Erfolg in Ihren Unternehmen hilft uns sehr dabei, in Niedersachsen insgesamt gute Bedingungen bereitstellen zu können. Das sage ich übrigens in dem Bewusstsein, dass natürlich die Lage von Branche zur Branche, von Region zur Region durchaus unterschiedlich sein kann. Aber alles in allem werden wir 2013 wohl in guter Erinnerung zurückbehalten.

Auch der Ausblick auf 2014 stimmt zuversichtlich. Nach der Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammern bewerten 89 % der Unternehmerinnen und Unternehmer in Niedersachsen ihre Geschäftslage als gut oder zumindest befriedigend. Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung hat für unser Bundesland in diesem Jahr ein Wachstum von etwa 2 % vorhergesagt. Prognosen sind keine Ergebnisse, aber in diesem Fall beflügeln sie doch den Start in das neue Jahr.

Unsere Aufgabe wird drin bestehen, diesen Erfolg dauerhaft zu sichern, ihn wetterfest zu machen. Das ist eine Aufgabenstellung für Sie in Ihren Unternehmen, das ist aber auch eine Aufgabe für die Politik. Die Rahmenbedingungen im Land, im Bund und auch in Europa müssen stimmen, damit die Unternehmen in den Regionen erfolgreich sein können. Diese Aufgabe nehme ich für mich, diese Aufgabe nimmt die Landesregierung für sich außerordentlich ernst.

IV. Regionale Themen

- Anrede

für Niedersachsen ist vor allem eines prägend: seine Vielfalt. Man kann unser Land nicht über einen Kamm scheren, es sind vor allem die traditionsreichen, selbstbewussten und auch starken Regionen, die unser Land prägen. Das gilt natürlich insbesondere auch für das Braunschweiger Land.

Nicht nur unser Land, auch seine Regionen sind in sich durchaus unterschiedlich. Das kann man in Ihrem Kammerbezirk besonders gut

nachvollziehen. Da ist zum einen die dynamische, moderne Großstadt Braunschweig, deren gute Entwicklung weit über die Stadtgrenzen hinaus von Bedeutung ist. Das sind aber auch große Teile des Kammerbezirkes im ländlichen Raum, die unverkennbar Strukturprobleme aufweisen, unter denen der Bevölkerungsrückgang vielleicht die größte Herausforderung ist. In manchen Bereichen, wie dem Harz, sticht das besonders hervor.

Landespolitisch kann man daraus, so meine ich, nur eine Schlussfolgerung ziehen: Es wäre grundverkehrt, gewissermaßen am grünen Kabinettstisch in Hannover die Landesentwicklung zentral planen und umsetzen zu wollen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Das Land muss wieder dichter an die Regionen heranrücken. Das Land, die Kommunen, die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Akteure müssen eng zusammenarbeiten. Sie müssen Stärken und Schwächen der einzelnen Teilräume herausarbeiten, sie müssen sich auf die besonders wichtigen Handlungsfelder verständigen und diese anschließend konsequent gemeinsam umsetzen.

Das ist es, was wir mit unserer neuen Regionalpolitik vor haben. Wir wollen regionale Entwicklungskonzepte gemeinsam mit den anderen Partnern erarbeiten, wir wollen die Mittel der EU-Strukturförderung zusammenfassen und für die Umsetzung dieser Konzepte bereitstellen. Und wir wollen dafür sorgen, dass es einen autorisierten Gesprächspartner der Landesregierung in der Region gibt.

Gerade im Braunschweiger Land ist die ersatzlose Abschaffung der Regierungspräsidenten seinerzeit kritisch begleitet worden. Was den Kontakt zwischen Landesregierung und Region angeht, ist an dieser

Stelle tatsächlich ein unübersehbares Vakuum entstanden. Das wollen wir ändern. Vier Landesbeauftragte haben am 01. Januar ihren Dienst aufgenommen. Sie haben eine Scharnierfunktion: Sie sollen in den Regionen die Landesregierung vertreten und in der Landesregierung die Regionen vertreten, als deren Anwälte und Stimme. Ich freue mich sehr, dass für die Region Braunschweig ein exzellenter Kenner der hiesigen Verhältnisse zur Verfügung steht. Matthias Wunderling-Weilbier hat sich in den vergangenen Jahren als Landrat des Landkreises Helmstedt weit über dessen Bereich hinaus Anerkennung erworben und ich bin sicher, er wird auch als Landesbeauftragter wertvolle Arbeit leisten. Ich bitte die IHK Braunschweig jedenfalls sehr herzlich um eine intensive Zusammenarbeit mit Ihrem Landesbeauftragten, mit Matthias Wunderling-Weilbier.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein Wort sagen, zu einem Thema, das in den braunschweigischen Diskussionen immer wieder eine Rolle spielt, nämlich eine vollständige oder teilweise kommunale Neugliederung. Dass die Zusammenarbeit in diesem Raum verbessert werden kann, bestreitet wohl niemand. Dass mit dem Strukturwandel auch die Existenzfähigkeit einzelner Landkreise in Frage gestellt ist, ist ebenso Konsens. Ich freue mich insbesondere über die Veränderungsbereitschaft, die ich in vielen Gesprächen mit Vertretern Ihrer regionalen Politik gespürt habe.

Die Landesregierung unterstützt diese Diskussion und sie beteiligt sich daran intensiv. Eines darf man von uns aber auf absehbare Zeit nicht erwarten: Dass in Ermangelung eines regionalen Konsenses gewissermaßen ein Machtwort aus Hannover alles regelt. Ein solches Vorgehen verträgt sich definitiv nicht mit meinem Verständnis von

kommunaler Selbstverwaltung und würde im Übrigen auch von Anfang an zum Scheitern verurteilt sein. Ich bin sicher, eine von oben erzwungene Region hätte in Anbetracht der gegen sie bestehenden Widerstände keine Chance. Und deswegen bleibe ich dabei, dass sich das Land intensiv, konstruktiv und ergebnisorientiert vor und hinter den Kulissen für eine neue Ordnung engagiert.

V. Bundes & Landespolitik

- Anrede

so wichtig eine den Bedingungen vor Ort angepasste Politik ist, natürlich sind die generellen Rahmenbedingungen für die Unternehmen genauso wichtig, vielfach sogar noch wichtiger. Das gilt für alle politischen Ebenen, für das Land, den Bund und für Europa.

Es geht darum, den Standort Deutschland und den Standort Niedersachsen nachhaltig so weiter zu entwickeln, dass auch der wirtschaftliche Erfolg ein dauerhafter sein kann. Es geht um wettbewerbsfähige Standortkosten, es geht um eine gute Infrastruktur und es geht um die dauerhafte Sicherung eines ausreichenden Reservoirs von Fachkräften. Mehr als jedes fünfte Unternehmen berichtet Umfragen zufolge von Schwierigkeiten bei der Suche nach Auszubildenden. Das ist eine Verdoppelung gegenüber dem Jahr 2010 und künftig werden die auf dem Ausbildungsmarkt gelangenden Jahrgänge leider wesentlich kleiner ausfallen als bislang.

1. Bildungspolitik

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung einen unbestrittenen Schwerpunkt, so vielfältig unsere Arbeit auch sein mag. Dieser Schwerpunkt lautet Bildung und Qualifizierung. Es gibt aus meiner Sicht kein Thema, das wir in Niedersachsen ernster nehmen müssen. Den Hintergrund hatte ich schon angedeutet. Regional unterschiedlich, aber alles in allem spürbar wird Niedersachsen in den nächsten fünfzehn Jahren insgesamt Bevölkerung verlieren, vor allem aber bei der jungen Bevölkerung.

Ich halte die Diskussion für müßig, ob Bildung in erster Linie eine gesellschaftlich integrierende oder ökonomische Stoßrichtung haben sollte. Es handelt sich um zwei Seiten einer Medaille. Wenn es uns gelingt, dass alle jungen Menschen alle ihre Talente entfalten können, dann werden sie ihren Platz in der Gesellschaft gut finden können und sie werden gleichzeitig ihren Beitrag für eine leistungsfähige Wirtschaft in unserem Land leisten.

Bildungspolitik ist unter diesen Bedingungen nach meiner festen Überzeugung heute Wirtschaftsförderung pur. Mittelfristig ist der Fachkräftebedarf das vielleicht größte Risiko für ein weiteres Wachstum der niedersächsischen Wirtschaft und dem wollen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln begegnen.

2013 ist es gelungen, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz überall in Niedersachsen zu verwirklichen. Das ist eine enorme Herausforderung insbesondere für unsere Kommunen gewesen und ihnen gebührt Dank und Anerkennung für diese Leistung.

Dass wir in Niedersachsen von der Geburt bis zum sechsten Lebensjahr, der Einschulung, jetzt Betreuungsmöglichkeiten für Kinder nachweisen können, ist auch und gerade Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mir begegnen bei Unternehmensbesuchen immer wieder die Hinweise darauf, dass die jungen qualifizierten Arbeitnehmerinnen doch bitteschön nach der Geburt die Möglichkeit haben sollen, auch wieder an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren. Ich nehme diese Hinweise sehr ernst.

Im nächsten Jahr wollen wir diesen Kurs mit Nachdruck fortsetzen. Wir haben die Absicht, im Laufe dieser Legislaturperiode flächendeckend in Niedersachsen ein System von Ganztagschulen einzuführen und zwar von Ganztagschulen auf einem guten Niveau. Dafür sieht die zukunftsorientierte Bildung insgesamt 420 Mio. Euro zusätzlich bis zum Jahre 2017 vor und dafür sind wir bereit, auch manche kritische Diskussionen in Kauf zu nehmen, wie zum Beispiel über eine leicht erhöhte Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer. Übrigens: Bislang ist diese Unterrichtsverpflichtung deutschlandweit besonders niedrig, künftig wird sie sich immer noch im unteren Mittelfeld bewegen.

Wir legen einen Schwerpunkt auf Ganztagschulen, weil der gesunde Menschenverstand ebenso wie zahlreiche Bildungsstudien zeigen, dass damit der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen deutlich wächst. Wir werden es uns künftig nicht mehr leisten können, dass 1/5 eines jeden Jahrgangs unsere Schulen verlässt, ohne dass hinterher eine qualifizierte Ausbildung möglich ist.

Diesem Ziel dient auch ein zweiter Schwerpunkt, über den wir in diesem Jahr mit der niedersächsischen Wirtschaft sprechen wollen. Mittelfristig wird die Zahl von jungen Leuten, die auf den Arbeitsmarkt kommen, um

etwa 1/5 sinken. 1/5 aller jungen Leute verlassen heute unsere Schulen ohne das der nächste Schritt gelingt. Und um zum dritten Mal dieselbe Zahl zu strapazieren: Mehr als 1/5 aller Ausbildungsverträge werden nicht erfolgreich zu Ende geführt. Das bedeutet ein vertanes Investment an Zeit, Kraft und Geld, für die jeweiligen jungen Menschen ebenso wie für die ausbildenden Unternehmen.

Deswegen wollen wir gemeinsam mit der Ausbildungswirtschaft die berufliche Orientierung, die Ausbildungsqualität an unseren Schulen verbessern. Wir werden das sog. Übergangssystem kritisch in den Blick nehmen, dass in all zu vielen Fällen de facto Warteschleifen für junge Menschen anbietet, ohne sie dem Arbeitsmarkt wirklich näher zu bringen. Wir wollen die duale Ausbildung aufwerten und dafür sorgen, dass junge Menschen noch an der Schule besser ein Gefühl dafür entwickeln können, was der richtige Beruf für sie sein könnte, und sie zugleich auch in den Stand versetzen, eine dafür notwendige Ausbildung erfolgreich bewältigen zu können. Wir wollen – kurz gesagt – die duale Ausbildung in unserem Land wieder aufwerten. Dafür bitte ich um die intensive Zusammenarbeit und auch die Unterstützung der ausbildenden Unternehmen.

Um das Bild abzuschließen: In diesem Jahr werden wir die Studiengebühren in Niedersachsen abschaffen. Wem die sozialen Argumente dafür nicht einleuchten, der wird vielleicht spätestens bei dem Hinweis hellhörig werden, dass Niedersachsen unter den 16 Bundesländern das letzte ist, das heute noch Studiengebühren hat. Bei dem anstehenden Wettbewerb um junge Köpfe in Deutschland ist das sicher kein Standortvorteil.

2. Haushaltspolitik

- Anrede

Bei diesen bildungspolitischen Initiativen mangelt es der Landesregierung ganz gewiss nicht an Einsicht und Engagement, allenfalls an Mitteln. Lassen Sie mich deswegen ein Wort zur Haushaltslage sagen. Sie wissen, nach mehr sechs Jahrzehnten stetig zunehmender Neuverschuldung, die in den vergangenen zehn Jahren sogar jahresdurchschnittlich 2 Mrd. Euro betragen hat, gelten ab Ende dieses Jahrzehnts ganz andere Spielregeln. Die Schuldenbremse wird dann eine weitere Neuverschuldung verbieten, und das ist gut so.

Nicht nur aus verfassungsrechtlichen Gründen, sondern aus eigener Einsicht ist die Einhaltung der Schuldenbremse ein hervorgehobenes politisches Ziel der Landesregierung. Sie ist gleichzeitig ein Kraftakt. Wir haben ein Strukturdefizit im Landeshaushalt von 1,3 Mrd. Euro im letzten Jahr geerbt. Der Haushalt des Jahres 2014 sieht immerhin eine Verbesserung um etwa 25 % vor, aber bis zum Ziel der Nettoneuverschuldung Null steht uns noch ein langer Weg und viel Arbeit ins Haus.

Warum sage ich das? Weil die Möglichkeit in die Zukunft zu investieren – sei es in Infrastruktur, sei es in Köpfe – und gleichzeitig kräftig zu sparen, natürlich auf Grenzen stößt und diese Grenzen sind mit den Ihnen soeben vorgestellten Plänen im Wesentlichen erreicht. Das muss jeder wissen, der sich fragt, warum in Zeiten guter Steuereinnahmen eigentlich nicht noch sehr viel mehr getan wird. Gleichzeitig zu sparen und zu investieren, das ist so etwas wie die Quadratur des Kreisels.

Das ist die Situation in Niedersachsen und sie ist es verstärkt in den allermeisten anderen Bundesländern, denn Niedersachsen steht finanzpolitisch im Ländervergleich eher günstig dar. Vor diesem Hintergrund haben wir uns Rückenwind aus Berlin nach der Bundestagswahl erhofft. Um im Bild zu bleiben: Es ist eher ein Lüftchen geworden. Ich habe aus guten Gründen und eigener Überzeugung heraus sehr für die Zustimmung zur Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD geworben, das Fazit in Sachen Bildung und Zukunft fällt eher zurückhaltend aus.

Dabei ist die Aufgabenstellung sehr deutlich: „Wer nichts im Boden hat, muss was in der Birne haben“, so hat es treffend der Unionskollege Bosbach einmal formuliert. Deutschland hat bekanntlich keine relevanten Bodenschätze, Deutschland lebt von seinen qualifizierten Fachkräften, gleichzeitig investiert Deutschland unverändert deutlich unter dem Durchschnitt der OECD in Bildung in Qualifizierung. Das passt nicht zusammen.

Notwendig sind gemeinsame Anstrengungen aller politischen Ebenen für Bildung und Qualifizierung, stattdessen verbietet unser Grundgesetz mit dem unsäglichen Kooperationsverbot sogar diese dringend notwendige Kraftanstrengung. Und an der Kraft, daran endlich gründlich etwas zu ändern, hat es leider bei den Koalitionsvereinbarungen gemangelt. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir gemeinsam, Politik und Wirtschaft, weiter an dieser Stelle bohren, denn nach meiner festen Überzeugung geht es hier im Kern um die ökonomischen Perspektiven unseres Landes in der Zukunft.

3. Arbeitsmarktpolitik

- Anrede

Andere Teile der Berliner Koalitionsvereinbarung sehe ich wesentlich positiver. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen in unserem Land um über 1/3 zurückgegangen, das ist eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung. Zur Wahrheit gehört aber dazu, dass inzwischen mehr als 7 Mio. Arbeitnehmer Stundenlöhne von weniger als 8,50 € haben und die sog. Aufstocker inzwischen mehr als 10 Mrd. Euro an Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten. Zu dieser Realität gehört die Feststellung, dass in nicht wenigen Fällen Leiharbeiter jahrelang Seite an Seite dieselbe Arbeit mit der Stammebelegschaft verrichten, aber für deutlich weniger Geld.

Und schließlich hat im vergangenen Jahr gerade bei uns in Niedersachsen das Thema der Schein-Werkunternehmer die Gemüter erhitzt. Um es klar und deutlich zu sagen: Der gute alte Werkvertrag des BGB vom 1. Januar 1900 ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil unserer arbeitsteiligen Wirtschaft. Er darf aber nicht dazu missbraucht werden, normale Arbeitnehmer unversehens zu Unternehmern zu erklären und diese zum Teil zu schwer nachvollziehbaren Bedingungen.

Die Absicht der Bundesregierung, Fehlentwicklung der vergangenen Jahre auf dem Arbeitsmarkt entgegenzutreten, zum Beispiel durch einen Mindestlohn, halte ich daher für richtig und ich bin sicher, dass es auch auf dieser Grundlage gelingen wird, einen Arbeitsmarkt zu organisieren, der den Bedürfnissen der Unternehmen nach einem hinreichend flexiblen Arbeitsmarkt entspricht.

4. Energiepolitik

- Anrede

Zu den Top-Themen der Bundespolitik, aber auch den Top-Themen der Unternehmen wird in diesem Jahr die Energiewende stehen. Um diese Feststellung zu treffen, muss man kein Prophet sein. Energie ist ein sehr relevanter Faktor in der Gesamtkostenrechnung vieler Unternehmen, vor allem der Industrieunternehmen. Energie ist aber auch darüber hinaus für uns in Niedersachsen von besonderer Bedeutung. Mit der Entscheidung, aus der Atomenergie auszusteigen, mit der Entscheidung für eine Energieversorgung ganz und gar auf erneuerbarer Basis, ergibt sich für uns in Niedersachsen eine ganz besondere Chance. Wir können das Energieland Nr. 1 werden, mit allen daraus folgenden ökonomischen Konsequenzen.

Der Grund dafür ist im Wesentlichen der Wind, der bei uns über das Meer tief in die norddeutsche Tiefebene hineinweht und heute schon, erst recht aber in der Zukunft eine ebenso wirtschaftliche wie umweltgerechte Energieerzeugung möglich macht. Die Landesregierung ist sich dieser besonderen Chance sehr bewusst und deswegen wollen wir intensiv daran mitarbeiten, dass die Energiewende ein Erfolg wird.

Derzeit ist sie es nur begrenzt, wie wir wissen. Es ist eher eine Kakophonie die beim Thema Energiepolitik ertönt. Private und industrielle Verbraucher beobachten mit Sorge die Preisentwicklung, Investoren sind verunsichert und verzichten derzeit lieber auf ein

Engagement, moderne Gaskraftwerke werden vom Netz genommen, während alte Braunkohlekraftwerke unverhofft gut im Geschäft stehen.

Man tritt sicher niemanden zu nahe mit der Feststellung, dass die Energiewende nach dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie unterschätzt worden ist. Wir brauchen dringend einen Plan und wir brauchen dringend ein Projektmanagement für die Herkulesaufgabe. Ich habe den Eindruck, dass die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag in dieser Hinsicht durchaus mehr Substanz haben, als in der Vergangenheit zu spüren war.

Es wird ein Projektmanagement geben, die wesentlichen Kompetenzen werden in einem Energieministerium gebündelt. Dass dieses Ministerium gleichzeitig auch zuständig für die Wirtschaft ist, sehe ich als einen echten Vorteil. Damit meine ich nicht nur die Berücksichtigung von insbesondere industriepolitischen Risiken, sondern auch die Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen Chancen, die mit der Energiewende in hohem Maße verbunden sind.

Die derzeit für erneuerbare Energien gewährte Förderung wird für die Zukunft angepasst und reduziert werden. Auch das ist meines Erachtens richtig. Gerade wer sich zu den Freunden der Energiewende zählt, wie ich, darf nicht die Augen vor einer Überförderung verschließen. Die Bezahlbarkeit der Energiewende ist eine ihrer Erfolgsvoraussetzungen, daran kann kein Zweifel bestehen.

Für uns in Niedersachsen ist die Zukunft der Offshore-Windenergie von besonderer Bedeutung. Offshore-Wind ist hohem Maße ganzjährig verfügbar und damit in der Lage, den für die industriellen Zentren des

Südens ausfallenden Industriestrom zu kompensieren. In der Koalitionsvereinbarung sind in dieser Hinsicht sehr klare Grundlagen gelegt worden. Wir haben jetzt tatsächlich die Chance, eine neue Industrie bei uns in Norden zu implementieren. Auch das sehe ich als echten Vorteil dieser Vereinbarung.

Und schließlich gibt es das notwendige Problemsbewusstsein bei den Energiekosten. Die Umstellung unserer Energiewirtschaft ist nicht zum Nulltarif zu haben, das wissen auch alle. Umso wichtiger ist es, diese Kosten in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Deswegen muss ganz sicher die Zahlung von Befreiungen von der EEG-Umlage sehr kritisch analysiert werden. Alleine bei uns in Niedersachsen ist die Zahl der davon begünstigten Unternehmen seit 2010 von knapp über 60 auf nun fast 400 gestiegen. Das ist gut für die betroffenen Unternehmen und schlecht für alle anderen, deren Umlage entsprechend steigt.

Lassen Sie mich ergänzend noch eines hinzufügen: Zu fast 50 % wird der Strompreis in der Bundesrepublik durch staatliche Abgaben der unterschiedlichsten Art geprägt. Dass etwa durch jede Erhöhung der EEG-Umlage zugleich auch die Mehrwertsteuereinnahmen des Staates steigen, ist nicht im Sinne des Erfinders. Deswegen halte ich z. B. eine deutliche Reduzierung der Stromsteuer für geboten.

Alles in allem haben wir es bei der Energiepolitik sicher mit einem ungemein wichtigen und gleichzeitig komplexen Thema zu tun. Auf der Grundlage der zum Jahresende getroffenen Vereinbarungen sehe ich aber den Diskussionen in diesem Jahr mit vorsichtigem, aber deutlichem Optimismus entgegen.

VI. Europapolitik

- Anrede

Die Befassung mit der Energiepolitik ermöglicht zugleich eine elegante Überleitung zur Europapolitik, denn kurz vor Jahresende hat die Einleitung eines Beihilfeverfahrens durch die EU-Kommission gegen die Bundesrepublik wegen der Befreiung von der EEG-Umlage für Furore gesorgt. Haben die in Brüssel eigentlich keine anderen Sorgen?, werden sich viele gefragt haben und ich zähle mich ausdrücklich dazu.

Die deutsche Industrie scheint mir nun wirklich nicht Teil der Probleme in Europa zu sein, im Gegenteil: Die deutsche Industrie ist Teil der Lösung. Dass dieses Verfahren eingeleitet worden ist, in Kenntnis der Berliner Koalitionsvereinbarung und der darin enthaltenen Feststellung, die Befreiungstatbestände kritisch überprüfen zu wollen, macht die Sache nicht besser.

Um es klipp und klar zu sagen: Ich halte die industrielle Wertschöpfung unverändert für die Basis des Wohlstands in unserem Land und wir müssen alles dafür tun, diese Basis weiterzuentwickeln und dürfen nicht zulassen, dass sie Schaden nimmt. Ich möchte auch künftig in Niedersachsen gute Perspektiven für Unternehmen wie die Salzgitter AG, DOW Chemical in Stade oder Xstrata in Nordenhamm haben.

- Anrede

Europa ist eine großartige Idee, Europa steht für mehr als sechs Jahrzehnte in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Das hat es in der

Geschichte unseres Kontinents so noch nicht gegeben, und deswegen haben wir gerade im Jahr der Europawahlen Anlass, den europäischen Gedanken mit Überzeugung zu vertreten. Europa muss sich aber davor hüten, diese großartige Idee durch übertriebene Regulierung zu schwächen. Europa braucht den Rückhalt seiner Bürgerinnen und Bürger und darf nicht den Eindruck einer abgehobenen Bürokratie vermitteln.

Ich sagte es schon, am Ende dieses Halbjahres haben wir die Europawahl. Es gibt genug, mit dem man sich durchaus kritischer auseinandersetzen kann, aber lassen wir gemeinsam nicht zu, den zivilisatorischen Fortschritt durch die Europäische Union in Misskredit bringen zu lassen. Ich bitte Sie alle sehr herzlich, wo Sie ganz persönlich können, für Europa zu werben und übrigens auch für eine Beteiligung an den Europawahlen.

VII. Schluss

- Anrede

es ist ein spannendes Jahr, das vor uns liegt und ich habe nur einige der Herausforderungen aufgegriffen, die vor uns liegen. Wir können diese Herausforderungen aber mit Zuversicht und einem gesunden Selbstbewusstsein angehen.

In Niedersachsen verfügen wir über eine in hohem Maße mittelständisch organisierte Wirtschaft, die wettbewerbsfähig ist und die gute Perspektiven hat. Ich weiß die Arbeit, die Sie in Ihren Unternehmen leisten, sehr zu würdigen. Wir wollen landespolitisch, aber auch darüber

hinaus, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass dieser Erfolg unserer Wirtschaft anhält, fortgesetzt und intensiviert werden kann. Ich habe mich gefreut über die gute Zusammenarbeit, die ich mit der niedersächsischen Wirtschaft seit dem Regierungsantritt vor nicht ganz einem Jahr erlebt habe. Ich freue mich auf die Fortsetzung dieser Zusammenarbeit und hoffentlich auch auf die Fortsetzung unseres gemeinsamen Erfolges.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein erfolgreiches Jahr 2014 und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.